

**Niederschrift**  
**über die**  
**Sitzung des Stadtrates**

---

Sitzungsdatum: Dienstag, den 24.03.2026  
Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 23:55 Uhr  
Ort, Raum: im Ratssaal des Zehentstadels

**Anwesend:**

2. Bürgermeister

Herr Robert Pollinger

3. Bürgermeister

Herr Thomas Gabler

Stadträte

Frau Renate Baumer  
Herr Johann Eichenseher  
Herr Franz Greipl  
Herr Thomas Hölzl  
Herr Markus Huber  
Frau Christine Lammert  
Frau Birgit Luge  
Frau Petra Lutz  
Herr Florian Meyer  
Herr Peter Ostenrieder  
Herr Alfred Paulus  
Herr Gottfried Riepl  
Herr Klaus Schmidmeister  
Herr Thomas Semmler  
Herr Josef Staudigl  
Herr Franz Ziegauß

Ortsprecher

Herr Benjamin Hillert  
Herr Rainer Liedl  
Frau Maria-Anna Meier  
Herr Benedikt Riepl  
Herr Gerhard Weiß

Schriftführer

Herr Franz Hofmeister

Gäste

Herr Hans-Peter Sander  
Ingenieurbüro Michael Wöhrmann

**Abwesend:**

1. Bürgermeister

Herr Herbert Tischhöfer

Stadträte

Herr Norbert Hofbauer  
Frau Marianne Mayer

Ortsprecher

Herr Jonas Schöfmann

Tagesordnung:

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Vorstellung Projekt Cowork-Space
- 2 Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes;  
Antrag auf Einziehung des öffentlichen Feld- und Waldweges Flur-  
nummer 1118 Gemarkung Aichkirchen
- 3 Informationen
  - 3.1 Information;  
Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026
  - 3.2 Information zur Erteilung von Vorbescheiden und immissions-  
schutzrechtlichen Genehmigungen von Windkraftanlagen auf dem  
Gemeindegebiet der Stadt Hemau
  - 3.3 Information über die Realisierung eines Mobilfunkstandortes in  
der Nähe von Kochenthal
- 4 Anfragen nach § 32 Geschäftsordnung

## Öffentlicher Teil

### **Punkt: 1      Vorstellung Projekt Cowork-Space**

#### Sachverhalt:

Zweiter Bürgermeister Pollinger begrüßt Herrn Sander von der CoWorkLand Genossenschaft. Mit einem Auszug aus der Stellungnahme zum Pionierprojekt „Sorgende Stadt“ leitete Zweiter Bürgermeister Pollinger zum Thema CoWorking Space ein. Der bekannte Satz, es braucht ein ganzes Dorf um ein Kind großzuziehen, lässt sich heute ebenso auf die häusliche Pflege übertragen. Gerade für berufstätige pflegende Angehörige ist dieses Dorf jedoch nicht mehr vorhanden. Strukturen sind weggebrochen, Wege sind lang, Zeit ist knapp. Und nicht selten führt dies zur Überforderung, Isolation und letztlich dazu, dass Pflege zuhause nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Hier setzt die CoWorkLand Genossenschaft an.

Herr Sander ist dabei auf die Stadt Hemau zugegangen um ein geeignetes Objekt für eine sechsmonatige Testphase zu finden. Dabei hat sich die Grunwald Villa als geeignetes Objekt herausgestellt. In dieser Zeit soll herausgefunden werden, ob ein Bedarf vorhanden ist. Die Kosten halten sich hier in Grenzen, da für den Betrieb (Heizkosten, Strom; Wasser) geschätzt 200 bis 300 € monatlich anfallen.

Herr Sander stellt das Pilotprojekt CoWork-Space anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. In Zeiten der Digitalisierung und Agilität haben sich neue Arbeitswelten gebildet. Der demografische Wandel, der Arbeitnehmermarkt und der Wertewandel führen zum Umdenken. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Dekarbonisierung. Langfristig soll hier die Reduzierung von Emissionen stattfinden. Mit Corona haben auch viele Menschen vom Homeoffice Gebrauch gemacht. Jede fünfte Stellenausschreibung bietet inzwischen die Möglichkeit, von zuhause aus zu arbeiten. 2019 lag der Anteil noch bei 5 % - ein Sprung, der die digitale Transformation des Arbeitsmarktes spiegelt. Die Daten zeigen, Deutschlands Unternehmen haben sich auf flexible Modelle eingestellt und bleiben dabei. Den Ton geben hier die Finanz- und Versicherungsdienstleister an. 42 % ihrer Jobs bieten eine Homeoffice-Option an. Auch in IT, Kommunikation und Immobilienwirtschaft sind Remote-Angebote Standard. Anders im verarbeitenden Gewerbe oder in ländlichen Regionen – dort sind Präsenz und Werkbank nach wie vor Pflicht. Der Wanderungssaldo von der Stadt auf das Land nimmt insbesondere bei den Altersgruppen zwischen 30 bis 49 Jahren zu. Die Zahl des CoWorking-Spaces hat sich seit 2018 in Deutschland deutlich erhöht. Insgesamt gibt es 1.918 Standorte. Seit 2020 sind diese um 50 % gestiegen. Die Zahl der Städte und Gemeinden mit CoWorking-Spaces ist seit 2020 um mehr als 70 % auf 575 gestiegen. In Bayern werden bereits 302 Einrichtungen betrieben. In ländlichen Regionen wird CoWorking immer wichtiger. Beschäftigte wollen weniger unproduktive Zeit mit Pendeln verbringen. Es wird erwartet, dass der Arbeitsplatz näher am Wohnort liegt.

Was ist eigentlich CoWorking:

- Arbeiten in Gemeinschaft an individuellen Projekten/Themen,
- in kreativer und professioneller Umgebung,
- Synergien und Kooperationen schaffen und nutzen,
- CoWorking-Prinzipien: Zusammenarbeit, Offenheit, Gemeinschaft, Zugänglichkeit, Nachhaltigkeit.

Eine Kultur des Miteinanders.

Was ist ein CoWorking-Space:

- ein Ort für CoWorking,
- der gemeinsamen Nutzung von Büroflächen und Infrastruktur mit flexiblen Arbeitsplätzen,
- an dem Menschen gemeinsam, aber nicht unbedingt miteinander arbeiten,
- ein Ort für Netzwerk und Gemeinschaft,
- und ein Ort für Begegnung.

Hier wird immer der Begriff „3. Ort“ verwendet.

Klassische CoWorking-Produkte sind

- Mitgliedschaften,
- Teamräume,
- Events und Meetings und Workshops.

Der Fokus bei Mitgliedschaften liegt hier bei Einzelmitgliedern mit flexiblen oder fixen Tarifen. Die Preise liegen hier zwischen 50 und 350 € pro Tisch im Monat. Der Anteil beträgt erfahrungsgemäß rund 35 %.

Der Fokus bei Teamräumen liegt bei Teams und Startups. Hier wird der Tarif nach dem Raum bestimmt. Die Preise betragen hier 350 bis 600 €/Raum. Die Buchungsdauer beträgt in der Regel ein bis drei Monate. Der Anteil beläuft sich auf rund 37 Prozent.

Für Events und Meetings und Workshops liegt der Fokus bei Startups und Teams. Hier werden Tarife für Meetingräume angeboten und liegen durchschnittlich zwischen 50-60 €/Stunde. Die Nutzung beträgt mindestens zwei Stunden. Der Anteil liegt hier bei 28 %.

Welche Vorteile haben die Kommunen:

- ein attraktives Leben am Ort, auch werktagsüber,
- ein Gemeinschaftsort an dem die Attraktivität und Zusammenarbeit gestärkt wird,
- die Reduzierung des Pendlerverkehrs und den Ressourcenverbrauch,
- die Bindung der Kaufkraft am Ort, dies sind etwa 10 €,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gesellschaftliches Engagement,
- innovative Impulse für Ort und Region,
- neue touristische Potenziale.

Anhand von Beispielen erläutert Herr Sander wie es in anderen Gemeinden umgesetzt wurde und wie die Nutzung erfolgt. Es wurden Projekte mit Firmen, Kommunen und auch mit der Kirche umgesetzt. Mit diesem Projekt kann Leerstand mit neuem Leben gefüllt werden. In vielen Orten gibt es Immobilien, die leer stehen. Oft besteht hier Sanierungsbedarf und es fehlt an einem Nutzungskonzept. Diese Leerstände erzeugen auch Kosten und beeinträchtigen zudem das Ortsbild. Ein einzelnes Haus für nur ein Angebot lohnt sich oft nicht mehr. Deshalb braucht man Orte wo Menschen sich begegnen können. Der Lösungsansatz ist hier, den Leerstand smart zu nutzen. Ein Haus für alles was die Gemeinde wirklich braucht, wie z.B. ein Café, einen Laden, CoWorking, eine Paketstation oder auch eine Bibliothek, als ländliches Innovationszentrum. Das Angebot an zusätzlichen Dienstleistungen in CoWorking-Space ist sehr divers und einerseits abhängig von der Nachfrage vor Ort, andererseits von den Möglichkeiten und Vorlieben der Betreiber. Neben klassische Angebote des CoWorking – wie der Vermietung von Besprechungs- und Veranstaltungsräumen – können dies im ländlichen Räumen auch unterschiedliche andere Angebote sein. Kern einer Ansiedlung sind die Versorgungsangebote. Es sollen neue Elemente der Daseinsvorsorge geschaffen werden, die soziale bzw. kulturellen Mehrwert bieten.

CoWorkLand entwickelt MehrWertOrt, an denen Landbewohner soziales Miteinander und Arbeitswelten erleben können. Die CoWorkLand Genossenschaft besteht seit 2019 und ist Deutschlands größtes Netzwerk ländlicher CoWork-Spaces. Sie hat mehr als 260 Mitglieder von den 50 % ihren eigenen CoWorking-Space betreiben. Es handelt sich hier um eine Ge-

meinwohl-/Gemeinschafts-orientierte Genossenschaft. Ihr Ziel ist, MehrwertOrte in ländlichen und suburbanen Räumen zu ermöglichen. Sie macht Machbarkeitsstudien für Regio-/Local-Scans und auch Start-up Beratungen. Sie identifizieren Nutzergruppen und Akteure, entwickeln Szenarien und überprüfen Konzepte.

CoWorkLand berät ob und wie sich Coworking in Kommunen, Regionen oder Organisationen verwirklichen lassen. Zuerst erfolgt eine Standortanalyse anhand ihres Katalogs von Erfolgskriterien. Auf Basis einer Beteiligungsphase mit Netzwerkanalyse empfehlen wir ein chancenreiches Nutzungskonzept. Wenn ein geeigneter Standort gefunden ist, werden Zielgruppen und Nutzungsszenarien erforscht und es sollen dabei lokale Netzwerke für die Gründungsphase aktiviert werden. An chancenreichen Orten werden die Entwicklung und der Betrieb von CoWorking-Spaces übernommen, immer mit dem Ziel einer mittelfristigen Trägerschaft durch regionale Akteure.

Zusammengefasst machen CoWorking-Projekte aus folgenden Gründen erfolgreich:

- es entstehen Kooperationen zwischen Unternehmens-, kommunalen und privaten Initiativen,
- sie sind solide kalkuliert und geplant,
- mit einer Testphase wird interaktiv vorgegangen,
- man braucht Geduld, deshalb sollte die Anschubphase 1-3 Jahre sein,
- die Unterstützung durch Kommunen,
- die Zusammenarbeit der Spaces,
- die Community steht an erster Stelle.

Herr Sander ging nun auf das Projekt ELEVATE Interreg Donau-Region ein, dass sich im letzten Jahr die Möglichkeit aufgetan hat dieses zu gründen, das auch wichtige Aufgaben als Projektpartner für CoWorkLand erfüllt. Partnerländer sind Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Moldawien und auch Deutschland. Zu ihren Aufgaben gehören

- Forschung und Analyse,
- Entwicklung ortsbezogener Governace-Modelle,
- Integration der Lösungen in Politik, Investitionen, Unternehmenspraxis.

Beim Einstieg war Druck auf dem Kessel. Der Pflegesektor ist überlastet. Die Sorgenden sind extrem überlastet. Bei den Arbeitgebern herrscht Fachkräftemangel. Die Kommunen kämpfen mit Leerstand und verspüren Druck im Bereich Sorge und Pflege. 3,15 Mio. Menschen werden in Deutschland zuhause gepflegt. Die Familienangehörigen sind hier das Rückrad des Pflegesystems. Wer pflegt ist aber gleichzeitig berufstätig. 3 Mio. Menschen in Deutschland pflegen Angehörige und sind gleichzeitig berufstätig. Die Zahl ehrenamtlich Pflegenden, die zugleich berufstätig sind, wird auf ca. 350.000 geschätzt. Die Sorgenden leiden mehrfach. Berufstätig sorgende Angehörige leiden langandauernd unter emotionalen, zeitlichen und finanziellen Belastungen. Dies kann körperliche und psychische Schäden verursachen und das soziale, familiäre und berufliche Leben stark beeinträchtigen. Die Angehörigen stehen aber zumeist nicht im Fokus politischer Debatten. Die sorgenden Angehörigen brauchen daher Zeit und Flexibilität um die Doppelbelastung leisten zu können. Um Angehörige pflegen zu können reduzieren Beschäftigte ihre Arbeitsstunden oder hören ganz auf zu arbeiten. Mit diesem Pilotprojekt trägt man dazu bei, den Menschen einen Gemeinschaftsort zu bieten, um die Vereinbarkeit mit Beruf und Pflege besser leisten zu können. Mit einem Gemeinschaftsort im CoWorking-Kern nah bei den zu umsorgenden Menschen kann mehrfache Verbesserungen schaffen:

- mehr Zeit und weniger Stress durch weniger Pendeln in die Firmen,
- die ständige Zuhause-Isolation mit einem Begegnungsort aufbrechen,
- ein Ort, der Geborgenheit, Wissen und Erfahrungsaustausch bietet,

- mehr Lebensqualität – auch für die Älteren.

Darüber hinaus dient dieser Gemeinschaftsort mit CoWorking-Kern als Versuchsangebot für Unternehmen, die für ihre älteren Beschäftigten (55+) innovative Arbeitsplatzmodelle bzw. flexiblere Arbeitszeiten schaffen wollen. CoWorking ist das Schlüsselement für einen MehrWetOrt, in dem für Beteiligung/Mitarbeit älterer Menschen gesorgt werden soll. CoWorking-Space ist auch ein Ort für „Sozial Entrepreneurship (Start-ups) für Inklusions- und Age Tech-Themen“. Ein solches Angebot existiert noch nirgendwo in Deutschland. Hemau wäre damit ein Vorreiter. Es soll diese Innovation erstmals getestet und weiterentwickelt werden und dann die Erkenntnisse dem Stadtrat wieder vorgestellt werden. Um Standorte für Bedarfe zu finden hat man begonnen ein Netzwerk aufzubauen, ausgerichtet auf ELEVATE. Um die Bedürfnisse an verschiedenen Orten zu erkunden, wurde ein Fragebogen entwickelt. Dann hat man begonnen an drei Standorten die Bedarfe und Möglichkeiten für die Realisierung des Pilotprojektes zu untersuchen. Dabei hat sich die Stadt Hemau mit dem Projekt „Sorgende Stadt Hemau“ herausgestellt und hier insbesondere die Grunwald Villa für sehr geeignet befunden. Hier soll ein temporärer Community Space geschaffen werden. Es sollen regelmäßige CoWorking-Tage abgehalten werden. Mit der Stadt Hemau als Partner sollen diverse Veranstaltungen organisiert werden. Der Start für die Testphase soll Mitte April/Anfang Mai sein. Eine Fortsetzung durch die Stadt Hemau wird angestrebt. Bei dieser Testphase soll erkundet werden,

- welche Angebote den Sorgenden helfen,
- wie wird das Angebot für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen interessant,
- wann beteiligen sich Arbeitgeber,
- kann ein CoWorking-Angebot die Inklusion in der Region fördern,
- welche Akteure müssen zusammenarbeiten, und wie.

Die Anbahnung von Hochschul-Kooperationen läuft im ELEVATE Stakeholder Netzwerk bereits. Die Manpower für das Projekt, 0,25 Personen (ca. 8.000 €/1/2 Jahr) wird durch ELEVATE gefördert. Bei der Produktion des Flyers könnte sich die Stadt mit einbringen. Schön wäre auch, wenn eine Reinigungskraft einmal die Woche die Räume reinigen könnte.

Organisatorisch und örtlich soll der Pop-up integriert werden mit relevanten Partnern:

- beruflich wie ehrenamtlich in der Pflege Tätige, einschließlich Leitungen professioneller Pflegeeinrichtungen mit Beziehungen zu Angehörigen,
- Altenpflege-Einrichtungen sogar in unmittelbarer Nachbarschaft,
- sehr wichtig ist die Einbeziehung der Stadt-Gesellschaft z.B. Repair Café, Nachbarschaftshilfe, Vereine, Parteien usw.

Offen ist man für alle Teile der sorgenden Gemeinschaft und andere Nutzergruppen, wie

- Ehrenamtler. Besonders gesucht pendelnde Berufstätige,
- kreative, IT-Professionals, Freiberufler, Pendler Kleinunternehmen, Start-ups etc.,
- soziale Organisationen, Vereine, Parteien, Initiativen usw.

Bei der Analyse der Stadt Hemau wurde folgende Fakten festgestellt, dass der Bevölkerungsanteil der über 50-Jährigen deutlich wächst, aber auch die Anzahl der Berufstätigen stetig zunimmt. Der Pendleranteil liegt bei 2.400 Auspendlern. Davon arbeiten 960 am Schreibtisch. Wenn angenommen wird, dass 12 % der Auspendler Interesse am CoWorking haben, dann ergeben sich 116 potenzielle CoWorker. Man rechnet damit, dass folglich rund 60 Personen 2 bis 3 Tage pro Woche in einem CoWorking-Space arbeiten. Dies wäre das Potenzial der Stadt Hemau für die Nutzung einer „PendlerStation“.

Wenn sich die Stadt für die Testphase entscheidet, wären die nächsten Schritte:

- die Gründung einer Arbeitsgruppe „Taskforce COWORKCare“,
- das Netzwerk mit Mitmachende erweitern,
- das 6-Monats-Programm entwerfen und ständig weiterentwickeln,
- eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit,

- den CoWorkCare-Space einrichten, wenn möglich bis April,
- eine Eröffnung mit einem Tag der offenen Tür und Teilnehmungsworkshop, Vorschlag wäre der 27.04.2026,
- 6 Monate Testbetrieb u.a. mit „Donnerstags Coworking-Tag“,
- zum Abschluss sollte ein Teilnehmungsworkshop stattfinden, Vorschlag 26.10.2026.

Zweiter Bürgermeister Pollinger erläutert, dass das Projekt nicht nur für Pflegendе, sondern für alle genutzt werden könnte. Das Grunwaldanwesen sei für diese Testphase eine geeignete Einrichtung und auch die Kosten halten sich in Grenzen. In den ersten sechs Monaten soll nun der Bedarf ermittelt werden. Er merkt an, dass dieses Projekt eine aktive Unterstützung des verantwortlichen Bürgermeisters benötigt, um zukünftig Erfolg zu haben und stellt fest, dass bekannt ist, dass der jetzige Bürgermeister Tischhöfer stark hinter dem Projekt steht und dies auch fördert. Er bittet deshalb die zukünftige Bürgermeisterin Frau Lutz um eine Aussage, damit das Gremium eine Einschätzung bekommt, ob die Testphase Unterstützung findet und überhaupt gestartet werden soll.

Stadträtin Lutz erklärt, dass sie diesem Projekt sehr skeptisch gegenüberstehe, aber gleichzeitig auch als Chance sieht und sagt als zukünftige Bürgermeisterin ihre aktive Unterstützung zu. Sie werde die Pilotphase bestmöglich mit ihren Möglichkeiten unterstützen. Sie fragt, wie viele Personen für den Betrieb nötig sind und wie hoch die Kosten sein werden. Es werden ja nicht nur die Kosten für Heizung und Wasser anfallen. Zudem möchte sie wissen, welchen Beitrag der Nutzer bezahlen muss. Diese Themen wurden doch im Vorfeld besprochen.

Herr Sander erläutert, dass die Pilotphase immer kostenlos sei. Eine Aussage, welche Einnahmen künftig erzielt werden, kann er nicht treffen. Er könnte hier nur die Preise der Einrichtung im Ammersee nennen. Um die Einrichtung nachhaltig betreiben zu können, sollten realistische und marktübliche Preise kalkuliert werden. Natürlich ist der Preis auch von der Anzahl der Nutzer abhängig. Es sollte hier gelingen die Arbeitgeber ins Boot zu holen und verschiedene Modelle zu entwickeln.

Zweiter Bürgermeister Pollinger entgegnet, dass im Vorfeld über das Thema Gebühren nicht gesprochen wurde. Vor Ablauf der Testphase wäre eine Kalkulation der Gebühren aufzustellen, da man dann einen Überblick über die Nutzung hat. In der Testphase erfolgt die Nutzung kostenlos. Zuerst müsste der Bedarf eruiert werden.

Herr Sander führt aus, dass erst ein Konzept für eine nachhaltige Entwicklung dieses Projektes erstellt werden muss. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung kann man dann evtl. ableiten, wie es in Hemau mit dem Projekt weitergeht. Es muss nicht zwingend das Grundwaldanwesen sein. Das Projekt soll erst einmal mit Leben gefüllt werden.

Stadträtin Lammert erklärt, dass man noch nicht soweit ist, dass wir uns über Preise Gedanken machen müssen. Zuerst muss erst der Bedarf ermittelt werden. Sie macht sich eher darüber Gedanken, ob der Beginn nicht etwas zu früh sei, da ihr noch nicht klar ist was reinkommen soll bzw. angeboten werden soll. Mit der Kalkulation der Kosten sei man auch noch nicht soweit, da die Nutzung nicht bekannt ist.

Herr Sander erklärt, dass der Bedarf sich nur entwickeln kann, wenn die Menschen einen Eindruck bekommen, was möglich ist. Dies werde man in einem Fragebogen abfragen. Stadtrat Hölzl war der gleichen Auffassung. Zudem glaubt er, dass eine wöchentliche Reinigung nicht ausreichen wird.

Stadträtin Lammert war der Auffassung, dass zur Vorbereitung eine Woche zu wenig ist. Herr Sander entgegnete, dass diese Zeit realistisch sei.

Zweiter Bürgermeister Pollinger erklärt, dass man hier in Absprache mit den Hausmeistern einen Plan - abhängig von der Nutzung - erstellen kann.

Stadtrat Meyer ist der Auffassung, dass CoWorking in Hemau grundsätzlich möglich ist. Die Kosten halten sich in einem gewissen Rahmen. Mit der Testphase sollte man daher beginnen. Die Nutzung sollte aber nicht nur für bestimmte Kunden gelten, sondern auf eine individuelle Nutzung abgestellt werden.

Stadträtin Lutz erklärt, dann sollten wir es ausprobieren. Aber muss zwingend im April begonnen werden.

Herr Sander erklärt, dass der Fördermittelgeber mitgeteilt hat, dass mit dem Projekt gestartet werden soll. Das Projekt nimmt jetzt Fahrt auf. Mit einem späteren Beginn verliert es sich wieder. Bei einem Beginn im September/Okttober kommt man in die Winterzeit und kann dazu führen, dass der Wind aus den Segeln genommen wird.

Zweiter Bürgermeister Pollinger brachte zum Ausdruck, dass dieses Projekt auch als Außenwerbung für Hemau zu sehen ist.

Stadtrat Schmidmeister erklärt, dass man das Projekt laufen lassen soll. Was sich daraus ergibt wird sich in der Testphase zeigen.

Stadtrat Semmler führt aus, dass er als Arbeitgeber Orte suche für Besprechungen oder Workshops. Auch viele Vereine hätten keine Heimat mehr. Z. B. der Fachgeschäftekreis, bei dem der Vorsitzende jährlich wechselt, benötigt ein zentrales Büro. Deshalb soll mit dem Projekt möglichst bald begonnen werden und nicht über die Wintermonate gehen.

Stadträtin Lammert erklärt, dass sie grundsätzlich auch dafür sei, dieses Projekt zu beginnen.

Dritter Bürgermeister Gabler fragt, dass bei der Vorstellung drei Orte für das Pilotprojekt genannt wurden. Wie sicher ist es, dass Hemau das Pilotprojekt wird.

Herr Sander antwortet, dass er sich hier ganz sicher sei, da die besondere Lage von Hemau und weitere verschiedene Faktoren gegeben sind, die für Hemau sprechen.

Zweiter Bürgermeister Pollinger erklärt abschließend, dass während und nach der Testphase ein Zwischenbericht erfolgen soll.

#### Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, das Pilotprojekt CoWorking Space in Hemau umzusetzen.

**Abstimmung: einstimmig beschlossen    Ja: 18 Nein: 0 Anwesend: 18**  
**Beschlusnummer: StR/260324/Ö1**

<b>Punkt: 2</b>	<b>Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes; Antrag auf Einziehung des öffentlichen Feld- und Waldweges Flurnummer 1118 Gemarkung Aichkirchen</b>
-----------------	--

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 27.02.2026 wurde die Einziehung des gewidmeten öffentlichen Feld- und Waldweges Fl. Nr. 1118 Gemarkung Aichkirchen beantragt. Der Weg steht im Eigentum der Anlieger.

Die Antragsteller beantragen die Einziehung des öffentlichen Feld- und Waldweges Fl. Nr. 1118 Gemarkung Aichkirchen, da sämtliche anliegenden Grundstücke, somit auch der gesamte Weg, in ihrem Eigentum stehen. Der Weg wird laut Aussage der Antragsteller ausschließlich von ihnen befahren und hat daher für die Allgemeinheit die Verkehrsbedeutung verloren. Zudem ist dieser bereits jetzt in der Natur nicht mehr auf der gesamten Länge vorhanden.

Nach Abschluss des Einziehungsverfahrens möchten die Antragsteller ihre Grundstücke neu vermessen lassen, wobei der einzuziehende Weg teilweise als Wirtschaftsweg bestehen bleiben soll.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dem Antrag auf Einziehung des öffentlichen Feld- und Waldweges Fl. Nr. 1118 Gemarkung Aichkirchen zuzustimmen, da der Weg für die Allgemeinheit die Verkehrsbedeutung verloren hat.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Absicht der Einziehung bekannt zu machen und falls nach der dreimonatigen Auslegungsfrist keine Einwände erhoben werden, das Einziehungsverfahren durchzuführen.

Nach Abschluss des Einziehungsverfahrens ergehen die entsprechenden Benachrichtigungen an die Antragsteller und das Vermessungsamt Hemau.

**Abstimmung: einstimmig beschlossen    Ja: 18    Nein: 0    Anwesend: 18**  
**Beschlusnummer: StR/260324/Ö2**

<b>Punkt: 3</b>	<b>Informationen</b>
-----------------	----------------------

<b>Punkt: 3.1</b>	<b>Information; Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026</b>
-------------------	---

Zweiter Bürgermeister Pollinger informiert darüber, dass das Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde die Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 rechtsaufsichtlich geprüft hat und mit Schreiben vom 09.02.2026 die Genehmigung erteilt hat.

Für folgende Teile der Haushaltssatzung wurde die Genehmigung erteilt:

- für den Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen der Stadt Hemau in Höhe von 1.233.000,00 €,
- für den Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen für den Eigenbetrieb der Stadtwerke in Höhe von 600.000,00 €,
- für den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen der Stadt Hemau in Höhe von 6.900.000,00 € im Vermögenshaushalt zur Leistung von Ausgaben für Investitionen.

Der voraussichtliche Stand der Schulden beträgt zu Beginn des Haushaltsjahres 1.820.471,00 €. Aufgrund geplanter Kreditaufnahmen und Tilgungsleistungen wird sich die Verschuldung bis zum Jahresende auf 2.680.771,00 erhöhen. Dies bedeutet bei einer Einwohnerzahl zum 30.06.2025 von 9.382 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 285,74 €, die damit deutlich unter dem Landesdurchschnitt der Gemeinden vergleichbarer Größenklasse in Bayern liegt. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Hemau ist gesichert.

Der Stadtrat nimmt dies zur Kenntnis.

**Abstimmung: zur Kenntnis genommen    Ja: 0    Nein: 0    Anwesend: 18**  
**Beschlusnummer: StR/260324/Ö3.1**

<b>Punkt: 3.2    Information zur Erteilung von Vorbescheiden und immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen von Windkraftanlagen auf dem Gemeindegebiet der Stadt Hemau</b>
--

Zweiter Bürgermeister Pollinger informiert darüber, dass mit Bescheiden des Landratsamtes Regensburg vom 12.02.2026 (Az.: S 32-171.10-9BG-V-1.6.2-14 und S 32-171.109BG-V-1.6.2-15 zwei immissionsschutzrechtliche Vorbescheide für zwei Windkraftanlagen auf den Grundstücken Fl. Nrn.: 783 und 761 der Gemarkung Langenkreith erteilt wurden. Die Standorte sind identisch, lediglich der Inhalt des Vorbescheids-Umfangs weicht voneinander ab.

Weiter informiert er über zwei Anträge auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung für

- zwei Windkraftanlagen auf den Fl. Nrn.: 783 und 761 Gemarkung Langenkreith und
- sieben Windkraftanlagen auf den Fl. Nrn.: 1276, 1270, 428/2, 424, 421/2, 421, 416, 419/2 und 405 der Gemarkung Aichkirchen,

an denen die Stadt Hemau sowohl zum gemeindlichen Einvernehmen nach BayBO, als auch als Träger öffentlicher Belange nach BImSchG beteiligt wurde. Aufgrund der Kürze der Frist, wurden beide Anträge dem Bau- und Umweltausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt, um die Frist für eine Stellungnahme wahren zu können. Die Sachverhalte und Beschlüsse können im öffentlichen Protokoll der letzten Bau- und Umweltausschusssitzung eingesehen werden. Die Stellungnahme wurde damit fristgerecht abgegeben.

Der Stadtrat nimmt dies zur Kenntnis.

**Abstimmung: zur Kenntnis genommen    Ja: 0    Nein: 0    Anwesend: 18**  
**Beschlusnummer: StR/260324/Ö3.2**

**Punkt: 3.3      Information über die Realisierung eines Mobilfunkstandortes in der Nähe von Kochenthal**

Zweiter Bürgermeister Pollinger informiert darüber, dass auf dem Grundstück Fl. Nr. 1444 Gemarkung Hohenschambach ein bestehender BOS-Mast als Mobilfunkstandort genutzt werden soll und Dritter Bürgermeister Gabler bezüglich einer Installierung von Mobilfunk auf BOS-Masten Hinweis gegeben hat, dass aufgrund von Bürgerinitiativen damals festgelegt wurde, dass diese nicht als Mobilfunkstandort genutzt werden sollten.

Eine Anfrage bei der Regierung der Oberpfalz hat ergeben, dass sich die Sachlage geändert hat. Für die Nutzungsänderung als Mobilfunkstandort ist kein baurechtliches Verfahren erforderlich. Die Mitnutzung des Standortes für Mobilfunkbetreiber ist verfahrensfrei. Der seinerzeitige Vorbehalt der Stadt Hemau war nach den Ausführungen der Regierung der Oberpfalz rechtlich irrelevant. Es sind somit keine weiteren Schritte zu veranlassen und der Mitnutzung steht nichts im Wege.

Der Stadtrat nimmt dies zur Kenntnis.

**Abstimmung: zur Kenntnis genommen    Ja: 0    Nein: 0    Anwesend: 18**  
**Beschlusnummer: StR/260324/Ö3.3**

**Punkt: 4      Anfragen nach § 32 Geschäftsordnung**

Es wurden keine Anfragen gestellt.

Hemau, 02.04.2026  
Stadt Hemau

Pollinger  
Zweiter Bürgermeister

Franz Hofmeister  
Schriftführer